

1. / II. 1917

150

Eine Münchener Verordnung gegen den Kohlenmangel. Aus München wird uns gebracht: Die einschneidendsten Maßnahmen, die bisher in Deutschland gegen den Kohlenmangel getroffen sind, hat das Stellvertretende Generalkommando des ersten bayerischen Armeekorps erlassen, die morgen in Kraft treten, und zwar werden in München ab morgen bis auf weiteres:

- 1) alle Schulen jeglicher Art geschlossen,
- 2) alle Theater, Lustspielhäuser, Kunst- und Konzertäle und Vortrags- und Versammlungsräume bis auf weiteres ge-

schlossen, 3) alle Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Kaffeehäuser, Vereins- und Gesellschaftsräume müssen um 10 Uhr schließen, 4) in allen Hotels, Speisewirtschaften usw. dürfen die Gäste nur noch in einem Raum bewirtet werden. Alle Nebenräume sind bis auf weiteres geschlossen zu halten. Die für den Verbrauch bei den Theatern, Lustspielhallen usw. bestimmten Brennstoffvorräte werden sofort zugunsten des Gemeindeverbandes München-Stadt beschlagnahmt. Den Unternehmungen darf auch bis auf weiteres Brennstoff nicht geliefert werden. Das Kultusministerium wird noch heute einen Erlaß herausgeben, der auch die Schließung sämtlicher Hoch- und Mittelschulen sowie staatlicher Sammlungen zum Gegenstande hat. Das Hoftheater ist durch königliche Verordnung geschlossen.

Soweit der Inhalt der Maßnahmen. Sie schneiden tief in das Wirtschaftsleben ein, aber das Stellvert. Generalkommando geht von dem Gedanken aus, daß in dieser außerordentlich kalten Jahreszeit vor allem die Privathaushaltungen so gut wie möglich versorgt werden müssen, damit der Gesundheitszustand der Bevölkerung aufrechterhalten bleibt. Welche Kohlenmengen frei werden, geht z. B. daraus hervor, daß allein bei den städtischen Schulen Münchens wöchentlich 3500 Zentner Kohlen durch die Schließung gespart werden. Aber auch an die Privathaushaltungen richtet das Generalkommando die Mahnung, möglichst sparsam mit den Vorräten umzugehen, da andernfalls auch in Privathaushaltungen eingegriffen werden müssen. Die Ministerien und der Magistrat, sowie alle in Frage kommenden amtlichen Stellen haben dafür gesorgt, daß in den Amtsräumen mit Brennmaterial sparsam umgegangen wird.